

Bundestag beschäftigt sich mit Konsequenzen aus Amoklauf

Kultur des Hinsehens gefordert

"Kinder, Jugendliche, Familien stärken - Konsequenzen nach dem Amoklauf", dieses Thema diskutierten die Bundestagsfraktionen eine Woche nach dem Blutbad in Winnenden. Anlass war eine Aktuelle Stunde, die CDU/CSU und SPD beantragt hatten.



Ise Meide appelliert an die Verantwortung der Eltern. (Quelle: Deutscher Bundestag/Lichtblick/Achim Meide)

CDU/CSU: 110 im Netz gefordert

"Was läuft eigentlich schief in unserer Gesellschaft? Wieso flüchten sich immer mehr Menschen in die Scheinwelten von PC und TV?", diese Fragen warf die Abgeordnete Ise Falk (CDU) in der Aktuellen Stunde im Bundestag auf. Eltern stünden zuvorderst in der Verantwortung, denn das "Kümmern um die Seele des Kindes" dürfe nicht auf andere übertragen werden. Jeder solle sich selbst einmal fragen, ob er wisse, welches Buch sein Kind gerade lese oder wie dessen Klassennachbar hieße. Auf die Frage nach dem Umgang mit dem Amoklauf vergangener Woche seien jedoch nur Teilantworten möglich. "Immer und zu allen Zeiten muss Anteil genommen werden", forderte Falk. Die Gesellschaft könne nur mit starken Familien stark sein; der Staat müsse diesen einen Rahmen bieten und helfen, wenn deren Kräfte versagen. Zur Anteilnahme mahnte auch Bundesfamilienministerin Ursula von der Leyen (CDU). Winnenden dürfe auch dann nicht aus den Augen gelassen werden, wenn die "Trauer vorbei ist", ansonsten entstehe ein "Aufmerksamkeitsloch". Sie setze sich deshalb für eine "ausgewogene Debatte" ein, weil nun brennende Fragen im Raum stünden. Waffen und PC-Spiele seien einer von vielen Punkten, die nun diskutiert werden müssten.

Wichtiger als scharfe Gesetze seien aber deren Vollzug und Kontrolle. Außerdem müsse über eine "110 im Netz" nachgedacht werden. Als weitere Option zog sie Erziehungspatenschaften zwischen Schulen und Eltern in Betracht, die die Erziehungsberechtigten unterstützen könnten. Eltern seien in der Edukation häufig unsicher und verwirrt, sie dürften daher nicht alleine gelassen werden. Zusätzlich würden Online-Gruppenchats eingerichtet werden, die dem gegenseitigen Austausch dienen.

Zehntausende werden zur Trauerfeier erwartet (18.03.2009)

Die politische Diskussion nach dem Amoklauf von Winnenden (12.03.2009)



"Kinder müssen ernst genommen werden", fordert Caren Marks. (Quelle: Deutscher Bundestag/Lichtblick/Achim Meide)

SPD: Onlinesucht als Krankheit anerkennen

"Einfache und schnelle Antworten sind nicht das Gebot der Stunde", warnte die SPD-Abgeordnete Caren Marks. Die schreckliche Bluttat sei in letzter Konsequenz nicht zu erklären und die Hintergründe von Gewalt seien zu komplex, als dass Gesetze sie verhindern könnten. Zwar existierten bereits "gute gesetzliche Regelungen", aber an Lösungsansätzen müsse weiterhin konstant gearbeitet werden. Die Schule müsse den Kindern einen Lebensraum bieten, die Familie sie auffangen und die Gleichaltrigen Anderssein akzeptieren. Der Staat könne den Eltern dann zusätzlich mit Beratungs- und Hilfsangeboten, sowie besseren schulischen Strukturen zur Seite stehen. Ziel sei es, die Kinder ernst zu nehmen, ihnen Aufmerksamkeit zu schenken und Lösungen für Krisen aufzuzeigen. Auch ihre Kollegin Monika Griefahn erteilte "plakativen Verbotsversuchen" eine Absage. Diese gaukelten Wirksamkeit vor. Stattdessen schlug sie vor, Waffen in Schützenvereinen zu jagern und die Medienkompetenz von Eltern und Lehrern durch verbesserte Angebote zu steigern. Onlinesucht müsse endlich als Krankheit anerkannt werden und die Krankenkassen müssten dementsprechende Therapien tragen. Wichtig sei aber die Einsicht,

dass nicht jedes Spiel ein sogenanntes Killerspiel und jeder Spieler ein potentieller Amokläufer sei. Zudem prangerte die den Sensationsjournalismus an, der in letzter Zeit "erschreckende Ausmaße" angenommen hatte. So seien Bilder aus privaten Chatprofilen gezeigt, letzte Handyvideos von Fernsehsendern aufgekauft und Geld dafür geboten worden, die Szenen nachzustellen. Mit Journalismus habe dies nichts mehr zu tun, es schade dem Ansehen der Medien und diese würden selber zu Waffen. "Medien dürfen Täter nicht zu Helden machen", warnte sie. Verlage und Sender müssten sich nun an einen Tisch setzen und gemeinsam ethische Grundsätze diskutieren, weiter entwickeln und vor allem verbindlich machen. Opfer dürften nicht ein zweites Mal zu Opfern werden.

Der bisher rekonstruierbare Tathergang (12.03.2009)

Hintergrund: Amoklauf Erfurt (12.03.2009)

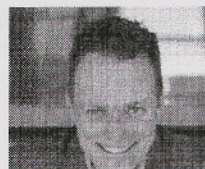
"Wirtschaftliches Wettbewerbsprinzip entwickelt sich zum Prinzip Jeder gegen Jeden", kritisierte hingegen der Abgeordnete Dr. Hermann Scheer (SPD). Schule wird dadurch zum Wettbewerb für die eigene, individuelle Zukunft und nicht mehr zum Lebensraum, so der Politiker. Außerdem müsse die Frage nach dem Werteverfall gestellt werden und wie sich dieser aufhalten lasse. Auch sein Kollege Jürgen Kucharczyk mahnte, dass steigender Wettbewerb und wachsender Leistungsdruck in fehlender Aufmerksamkeit für die Schüler resultiere.

Notfallseelsorger: Nach Amoklauf ist schnelle Hilfe für Kinder nötig (11.03.2009)

PHOENIX Runde "Amoklauf an Realschule - Jugendliche und Gewalt" (11.03.2009)

B'90/Die Grünen: Keine Hochsicherheitsfestungen schaffen

Mehr Schulpsychologen und Sozialarbeiter forderte Kai Gehring (B'90/Die Grünen). Soziale Isolation und Ausgrenzung müssten eine gesellschaftlich stärkere Sensibilisierung erfahren; in Schulen müssten konkrete Krisenpläne vorliegen. Am wichtigsten sei jedoch eine "Kultur des Hinsehens", die sich im sozialen Umfeld entwickeln müsse und in der Eltern, Freunde, Schüler und Lehrer als Frühwarnsystem fungierten. Chipkarten und Metalldetektoren erteile



Startseite

Dokumentationen

Ereignisse

Diskussionen

Videos / Podcasts

Themenschwerpunkte

Interaktives

er jedoch eine klare Absage: Schulen dürften nicht zu "Hochsicherheitsfestungen" werden, sie sollten Orte der Kultur und des Austauschs bleiben. Gewaltspiele, die diese verherrlichen, könnten auch bereits mit bestehenden Gesetzen verboten werden. Der Fokus müsse jetzt vielmehr darauf liegen, das Suchtpotential zu berücksichtigen und alternative Freizeitprogramme in Schule und Freizeit zu stärken. Doch auch eine verbesserte Medienerziehung tue Not, so Gehring. Weiterhin müsse die Verfügbarkeit von Waffen erschwert und die Waffenanzahl generell verringert werden. Dazu seien Waffenobergrenzen und die Einrichtung eines nationalen Waffenregisters denkbar. Auch eine getrennte Lagerung von Waffe und Munition halte er für sinnvoll.

Kai Gehring (B90/Die Grünen)
(Quelle: Deutscher Bundestag/Guido Rotmann)

Winnenden - eine Stadt im Ausnahmezustand (12.03.2009)

16 Tote bei Amoklauf in Baden-Württemberg (11.03.2009)

FDP: Raum für Trauer lassen

Tiefgreifende Diskussionen, die nicht eine Woche nach der Tat beginnen, sondern "Raum für Trauer lassen", forderte Hartfried Wolff aus der FDP-Fraktion. Die Diskussion über Konsequenzen müsse im Blick gehalten werden und "rechtliche Schlüsse sind wir den Opfern schuldig", aber mit Aktionismus sei derzeit keinem geholfen.

Überblick der folgenschwersten Amokläufe seit 1986 (11.03.2009)

Stichwort: Waffengesetz



Petra Pau (Die Linke) (Quelle: Deutscher Bundestag/Lichtblick/Achim Meise)

Die Linke: Unerlaubten Zugriff auf Waffen verbieten

Fahriassig sei es, bei der Debatte um mögliche Konsequenzen das Waffenrecht auszublenden, erklärte Petra Pau, die für die Linksfraktion sprach. Ihre Zahl müsse reduziert und unerlaubter Zugriff müsse verboten werden, denn für "das häusliche Wohl" seien keine 16 Waffen notwendig. Jagd- und Sportschützen hingegen sollten nicht eingeschränkt werden, so die Politikerin. Doch wichtig sei jetzt auch, das dreigliedrige Schulsystem nicht aus den Augen zu verlieren, das "Verlierer schafft und ausgrenzt". Zusätzlich müsse die Medienkompetenz als eine der zentralen Anforderungen des 21. Jahrhunderts anerkannt werden. Ein Wettlauf zwischen Hase und Igel, bei der der Hase für Verbot und Zensur und der Igel für das Internet stehe, müsse um jeden Preis verhindert werden.

von Nicola Schwalm (PHOENIX.online)

nach oben